

URL: http://www.nw-news.de/nw/news/owl/_nrw/?cnt=2855787

GÜTERSLOH: "Wir sind klinisch rein"

INTERVIEW: Gunter Thielen, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann-Stiftung



Klarer Blick (FOTO: RAIMUND VORNBÄUMEN)

Die Bertelsmann-Stiftung steht unter Druck. Ihre Gemeinnützigkeit wird zunehmend in Frage gestellt. Zudem wird ihr eine zu große Nähe zur Politik und dem Bertelsmann-Konzern vorgeworfen. In einer Expertise, die diese Zeitung in Auszügen vorgestellt hat, kommen drei Juristen zu dem Fazit, dass der Bertelsmann-Stiftung die Gemeinnützigkeit abgesprochen werden müsste, weil sie zu sehr mit der Bertelsmann AG verknüpft sei und Politikberatung betreibe. Darüber sprachen Stefan Brams und Bernhard Hänel mit Gunter Thielen, dem Vorsitzenden der Bertelsmann-Stiftung.

zu sein?

GUNTER THIELEN: Das ist kein Urteil von Fachleuten. Es ist ein Papier, das auf einer Internetplattform veröffentlicht wurde, die den Namen einer Zeitung trägt, die von Karl Marx gegründet wurde und bei der Friedrich Engels als Redakteur gearbeitet hat. Eine der Autorinnen, eine Jurastudentin, wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ihre Arbeit an Bertelsmann-kritischen Tagungen finanziert. Dieses Papier ist in allen Punkten falsch und interessengeleitet! Aber das ist egal. Wichtiger ist, dass die Bertelsmann-Stiftung eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe wahrnimmt. Dafür hat der Stifter Reinhard Mohn die Stiftung gegründet und einen großen Teil seines Vermögens übergeben.

Herr Thielen, was sagen Sie zu dem Vorwurf, nicht gemeinnützig

Nun schwindet aber zum Beispiel bei den Gewerkschaften die gesellschaftliche Akzeptanz Ihres gutgemeinten Tuns. Wie erklären Sie sich das?

THIELEN: Wir haben mit den Gewerkschaften jahrzehntelang gut zusammengearbeitet. Mit den oberen Etagen tun wir das auch heute noch, auf Arbeitsebene sind wir täglich mit Gewerkschaftern im Gespräch. Aus dem konstruierten Vorwurf, dass die Bertelsmann AG von den Vorschlägen der Stiftung zum kommunalen Bereich profitiere, leitet Verdi ab, dass so Arbeitsplätze vernichtet würden. Damit kann Verdi natürlich nicht einverstanden sein und nimmt uns ins Visier.

Aber es stimmt doch, Arvato übernimmt kommunale Aufgaben in England und auch in Deutschland, die Stiftung forscht zur Kommunalreform. Ein Zufall?

THIELEN: Bertelsmann sucht immer neue Geschäftsfelder. Und die Arvato AG hat entdeckt, dass sich mit der Auslagerung kommunaler Aufgaben Geschäfte aufbauen lassen. Warum soll Arvato diesen großen Markt nicht bearbeiten? Die Stiftung vertritt einen ganz anderen Standpunkt. Wir schlagen kein Outsourcing vor, um Kommunen effizienter zu machen, sondern beispielsweise die Bündelung der Aufgaben mehrerer Kommunen an einer Stelle.

Dennoch wird aber die Stiftung als Vorfeldorganisation der AG wahrgenommen. 2002 sind Sie nach heftiger Kritik als Stiftung aus dem Mediensektor ausgestiegen, weil Verquickungen mit der AG drohten. Kein Vorbild für heute?

THIELEN: Dass wir damals den Medienbereich aufgegeben haben, war richtig. Aber ich sehe nicht, dass wir heute solche Interessenskonflikte mit unseren und den Themen der AG haben. Sonst müssten wir die Bereiche Kommunen und Bildung und damit gesellschaftlich wichtige Themen wie demographischer Wandel oder Integration und Bildung aufgeben. Das sind 60 Prozent unserer aktuellen Tätigkeit. Das geht nicht. Und ich lege meine Hand dafür ins Feuer, dass die AG nicht einen Euro durch die Stiftung und deren Projekte verdient hat.

Auch an der Basis der Lehrgewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) rumort es gewaltig gegen die Stiftung. Unterschätzen Sie nicht das Bürgerengagement gegen Ihre Stiftung?

THIELEN: Wir sind mit allen Ebenen der GEW im Gespräch, aber wir können nicht jedes einzelne Mitglied überzeugen. Einige sind ideologisch festgelegt und behaupten etwa, die Bertelsmann-Stiftung sei nicht gemeinnützig. Ich versichere Ihnen, dass es keine Stiftung in Deutschland gibt, die genauer darauf achten kann, dass sie nicht gegen das Gemeinnützigkeitsrecht verstößt, als wir. Bevor wir ein Projekt starten, wird die Themenstellung auf diesen Aspekt durchleuchtet. Zudem werden wir von der Stiftungsaufsicht und den Finanzbehörden überprüft. Da sind wir klinisch rein.

Ihre Kritiker bezweifeln doch gar nicht Ihr Finanzgebaren, sondern zweifeln Ihre Gemeinnützigkeit an, weil Sie so eng mit dem Konzern verquickt seien und Politikberatung betrieben.

THIELEN: Wir machen kein Politikconsulting. Wir machen lediglich Vorschläge, was und wie man Dinge

besser machen könnte in der Gesellschaft.

Lässt sich das denn trennen?

THIELEN: Ganz sauber. Die Dinge sind klar: Wir nehmen keine Arbeitsaufträge von Politikern an. Sie werden kein einziges Projekt bei uns finden, das auch nur im Ansatz so zustande gekommen ist. Unsere Projektergebnisse stellen wir grundsätzlich jedermann zur Verfügung – und zwar zeitgleich.

Sie weisen also den Vorwurf, parteiähnlich zu arbeiten, zurück?

THIELEN: Mit Entschiedenheit. Ob Konrad-Adenauer- oder Heinrich-Böll-Stiftung – die sind doch viel näher an den Parteien als wir. Die sind aber alle gemeinnützig, denn gemeinnützige Politikberatung ist nicht verboten. Wenn uns jemand nachweisen kann, dass wir uns nicht nach Recht und Gesetz verhalten, würden wir das ändern.

Gibt es für Sie einen Punkt, an dem Sie die Vorwürfe Ihrer Kritiker ernst nehmen?

THIELEN: Wir nehmen Kritik grundsätzlich ernst und setzen uns mit ihr auseinander. Aber wir wollen Veränderungen anstoßen, da muss man mit Kritik leben.

Die Stifterfamilie ist eng mit Konzern und Stiftung verbunden. Wird sich da etwas ändern?

THIELEN: Sowohl der Bertelsmann-Konzern als auch die Bertelsmann-Stiftung sind sozusagen Kinder Reinhard Mohns. Es ist das gute Recht der Stifterfamilie, in beiden Bereichen tätig zu sein.

Kritiker werfen der Stiftung vor, dass Liz Mohn dem Vorstand der Stiftung ebenso angehört wie dem Kuratorium, das den Vorstand kontrollieren soll. Wie stehen Sie zu dieser Doppelfunktion?

THIELEN: Die Doppelfunktion ergibt sich daraus, dass die Stifterfamilie zu Recht Einfluss auf die Wahl des Vorstandes haben will. Und es ist der Personalausschuss des Kuratoriums, der den Vorstand bestimmt. Daher die Mitgliedschaft von Liz Mohn in beiden Führungsgremien, die das Stiftungsrecht zulässt.

Die Stiftung muss sparen. Statt 80 stehen noch 70 Millionen Euro zur Verfügung. Was bedeutet das für Ihre Arbeit?

THIELEN: Das stimmt, aber wir sind auch mit den 70 Millionen Euro gut ausgestattet. Um zu sparen, haben wir Sachkosten gesenkt und einen qualifizierten Einstellungsstopp vorgenommen. Entlassungen hat es nicht gegeben. Aber auch ich weiß nicht, wie die Wirtschaftskrise unser Land und damit auch unsere Arbeit weiter verändern wird.

[document info]
Copyright © Neue Westfälische 2009
Dokument erstellt am 20.02.2009 um 14:57:48 Uhr
Erscheinungsdatum 21.02.2009